

FRAGEN AN GRAZER POLITIKER*INNEN!



THEMA KLIMAWANDEL/UMWELTSCHUTZ

Was machen Sie gerade, um gegen den Klimawandel anzukämpfen? Was unternimmt die Stadt Graz wirklich, um die Umwelt zu schützen?

Antwort ÖVP, Georg Topf: Im persönlichen Bereich wird die Nutzung des Privat-PKW's auf ein unbedingt erforderliches Ausmaß eingeschränkt, bevorzugt wird auf das öffentliche Verkehrsmittel zurückgegriffen, fallweise auch das Fahrrad verwendet, kurze Wege werden zu Fuß erledigt.

Aktuell gelten folgende generelle und spezielle Ziele, zitiert auszugsweise und ergänzt aus dem beschlossenen Stadtentwicklungskonzept 4.0 der Stadt Graz:

- Erhalt der klimawirksamen Parkanlagen.
- Erhalt großer, zusammenhängender Freilandflächen und Wälder.
- Klimawirksame Bebauungsbeschränkungen in Frischluftschneisen durch Begrenzung der Gebäudehöhen und Berücksichtigung der Luftströme bei der Situierung der Baukörper.
- Erhöhung des Baumbestandes im dicht verbauten Stadtgebiet.
- Erhalt bestehender Alleen zumindest in ihrer Struktur.
- Schaffung von begleitenden Baumreihen bei der Neuanlage bzw. der Umgestaltung von Straßen und Straßenräumen.
- Erhöhung des Baumbestandes im dicht verbauten Stadtgebiet.
- Erhalt und weiterer Aufbau des Baumbestandes unter Berücksichtigung eines ausreichend großen durchwurzelbaren Raumes.
- Begrünung von Lärmschutzwänden und Stützmauern.
- Intensive Begrünung von Tiefgaragen, Überschüttung von Tiefgaragen und anderen unterirdischen Einbauten mit einer ökologisch wirksamen Vegetationstragschicht.
- Beschränkung der Bodenversiegelung.
- Forcierung von begrünten Dächern zur Wasserretention und zur Verbesserung des Kleinklimas.
- Gliederung großer Flächen durch Bäume und Bepflanzungen.
- Sicherung der Qualität von Innenhöfen als ruhige, gut begrünte Räume, gegebenenfalls Entsiegelung und Reduktion konfliktträchtiger Nutzungen.
- Fernhalten des ruhenden motorisierten Verkehrs von der Oberfläche.
- Erhalt und Fortführung der bestehenden Vorgartenzonen.

Die „Verkehrspolitische Leitlinie 2020“ und das „Grazer Mobilitätskonzept 2020“ sind Teil der aktuellen Mobilitätsstrategie der Stadt Graz und gehen neue Wege in Richtung Nachhaltigkeit und helfen durch die Reduktion an Emissionen das Stadtklima zu verbessern.

Ein wesentlicher Grundsatz der beschlossenen Verkehrspolitik lautet:

- „Mobilität im urbanen Raum bedeutet Vorrang für die Sanfte Mobilität (insbesondere auch den Rad- und Fußgängerverkehr betreffend)“
- „Den Verkehrsarten des Umweltverbundes als nachhaltige Verkehrsformen ist langfristig konsequent Priorität gegenüber dem motorisierten Individualverkehr einzuräumen.“

Damit soll einer weiteren Zunahme des Kfz-Verkehrs mit seinen erheblichen Auswirkungen auf das städtische Umfeld zu Gunsten der umweltfreundlichen Verkehrsformen entgegengewirkt werden.

FRAGEN AN GRAZER POLITIKER*INNEN!



THEMA KLIMAWANDEL/UMWELTSCHUTZ

Was machen Sie gerade, um gegen den Klimawandel anzukämpfen? Was unternimmt die Stadt Graz wirklich, um die Umwelt zu schützen?

Antwort KPÖ, Christine Braunersreuther: Ich persönlich besitze kein Auto, fahre fast alle Strecken mit dem Rad und in den Urlaub oft mit dem Zug und kaufe Obst sowie Gemüse - sofern es geht - regional auf dem Bauernmarkt. Ich mache das aber nicht, weil ich ein so guter Mensch bin, sondern weil es mir Spaß macht und das Bauernmarktgemüse am besten schmeckt. Politisch setze ich mich daher dafür ein, dass alle Menschen zu diesem Spaß und Genuss kommen können. Radfahren macht aber nur dann wirklich Spaß, wenn es gute Radwege gibt und Bauernmärkte sollte es viele geben, damit die Leute nicht weite Strecken auf sich nehmen müssen. Ich engagiere mich außerdem sehr für Baum- und Gewässerschutz. In all dem finde ich Rückendeckung in meiner Partei, der KPÖ. Seit die KPÖ für das Verkehrsreferat zuständig ist, hat Stadträtin Elke Kahr einen Radfahrbeauftragten im Büro, der sich sehr für den Ausbau des Radwegenetzes engagiert. Wir haben uns auch gegen den Bau des Murkraftwerkes und den Zentralen Speicherkanal eingesetzt. Damit werden nämlich natürliche Gewässer zerstört und außerdem wurde in diesem Zug sehr viel alte und wertvolle Ufervegetation vernichtet.

Die Stadt Graz betreibt hier leider sehr starkes, so genanntes Greenwashing. Denn wenn gesagt wird, dass für jeden gefällteten Baum zwei neue nachgesetzt werden, dann ist das Ergebnis alles andere als gleichwertig. Denn zwei kleine Bäumchen, die dann meist zudem noch irgendwo am Stadtrand stehen, können einen großen Baum längst nicht ersetzen. Ein großer Baum schluckt sehr viel mehr an CO₂ sowie Staub und spendet kühlenden Schatten. Das ist so wichtig, denn unsere Städte werden immer wärmer, das spüren wir alle. Wir müssen daher intensiv darauf achten, das Mikroklima der Städte angenehm zu halten – und das geht am besten mit Bäumen und durch natürliche Gewässer und nicht durch kostenintensive Behübschungsmaßnahmen wie Sprühnebel über zugestrandeten Plätzen.

Antwort FPÖ, Astrid Schleicher: Die freiheitliche Partei setzt sich seit Jahren für den Umweltschutz und Tierschutz ein. Der größte Brocken ist sicherlich der neue Klimaschutzfond mit vielen Millionen Euro. Jeder kann hier seine Ideen einbringen und sollten Experten finden, dass die Idee tatsächlich etwas zum Klimaschutz beiträgt, wird diese auch umgesetzt!

Regionalität spielt beim Umwelt- und Klimaschutz eine tragende Rolle und zurück zur Regionalität und weg von der extremen Globalisierung fordern wir von Anfang an! Nicht nur wegen dem Klimaschutz, sondern auch des Tierschutzes wegen - 2013 hat die FPÖ Graz eine Initiative „Stoppt das Tierleid“ gegen Leberdientransporte in der EU gestartet - 5.000 Grazer haben diese unterschrieben und unser Vertreter im EU Parlament hat diese mit nach Brüssel genommen..... leider ist unsere Fraktion in der EU zu klein, um sich da durchzusetzen :-)

Wir unterstützen aber auch die derzeitigen Volksbegehren (bitte unterschrieben gehen) „Tierschutzvolksbegehren“ und „Stoppt Leberdientransportqual“!

Die FPÖ ist auch die EINZIGE Partei, die sich absolut gegen das qualvolle Schächten ausspricht - hier wird dem Tier bei vollem Bewusstsein die Kehle aufgeschnitten, um es ausbluten zu lassen. Erst danach kommt die Betäubung!

FRAGEN AN GRAZER POLITIKER*INNEN!



THEMA KLIMAWANDEL/UMWELTSCHUTZ

Was machen Sie gerade, um gegen den Klimawandel anzukämpfen? Was unternimmt die Stadt Graz wirklich, um die Umwelt zu schützen?

Der Bürgermeister-Stellvertreter Mario Eustacchio unterstützt massiv das Tierheim Arche Noah und auf Druck der FPÖ Graz hin werden wieder neue Hundewiese = Grünflächen bereitgestellt - zum Beispiel in Reininghaus (eröffnet Anfang Juni) oder in Straßgang (Bau im August).

Wir sichern in der Regierung die noch verbleibenden Grünflächen - leider nicht mehr allzu viele - der Fehler liegt aber beim letzten Flächenwidmungsplan vor 15 Jahren....

Es werden tausende neue Bäume gepflanzt, die Straßenbahnen werden massiv ausgebaut, das Radwegenetz wird massiv erweitert - es gibt eine Kooperation zwischen Land Steiermark und Stadt Graz, um auch die Einpendler aufs Fahrrad zu bringen.

Antwort DIE GRÜNEN, Andrea Pavlovec-Meixner: Wir Grüne setzen uns für eine nachhaltige Stadtentwicklung nach dem Kommunalen Energiekonzept 2020 ein. Durch die Fernwärmeoffensive ist es gelungen, viele fossile Heizanlagen außer Betrieb zu nehmen und die Gebäude auf Fernwärme umzustellen. Mit solaren Großsolaranlagen wird solare Wärme in das Fernwärmenetz eingespeist. Das Nutzen von Energie-Effizienz-Potentialen ist uns auch ein großes Anliegen, dazu gibt es Projekte in der Stadt und ihren Beteiligungen. Mit diesen Projekten senken wir den CO₂-Ausstoß und auch die Feinstaubbelastung. Mit dem von den Grünen initiierten Solardachkataster ist es für alle GrazerInnen einfach festzustellen, wie gut ihre Dachflächen für Solaranlagen geeignet sind.

Das Grazer Umweltamt hat unter grüner Leitung in einigen Bereichen sehr gute Initiativen und Förderprogramme gestartet: Fernwärme, Solaranlagen, Dämmung der obersten Geschossdecke von Altbauten, Umweltfreundliche Fahrzeugflotten, Fahrradabstellanlagen, Serviceboxen und Lastenfahrräder, Urbane Begrünung, Grazer Reparaturmaßnahmen, Mehrwegbonus und Baumförderungen.

Aus unserer Sicht macht die Stadt Graz allgemein aber viel zu wenig, um die Umwelt zu schützen. Wir bemühen uns seit Jahren um einen verbesserten Natur- und Artenschutz in der Stadt, um den Schutz von Bäumen und viele Neupflanzungen!

Auch im Verkehrsbereich liegt vieles im Argen: Statt einer Radoffensive, die ihren Namen verdient, und dem raschen Ausbau des öffentlichen Verkehrs wird weiterhin der motorisierte Individualverkehr mit all den negativen Auswirkungen auf unsere Umwelt hochgehalten – da gibt es noch viel Luft nach oben!

FRAGEN AN GRAZER POLITIKER*INNEN!



THEMA KLIMAWANDEL/UMWELTSCHUTZ

Was machen Sie gerade, um gegen den Klimawandel anzukämpfen? Was unternimmt die Stadt Graz wirklich, um die Umwelt zu schützen?

Antwort SPÖ, Susanne Bauer: Am Papier hat die Stadt teils gute Ansätze (Stichwort Klimabeauftragter, Klimaschutzbeirat, Klimaschutzfonds, Aktionsplan Klimawandelanpassung, Klimawandelanpassungsstrategie, Stadtklimaanalysen und Klima-Karten, etc.). Doch mangels Top-Priorität bleibt leider vieles nur Theorie. Es gibt nach wie vor kein Bekenntnis der Regierungsmehrheit, auf welche Weise ganz konkret etwa der motorisierte Individualverkehr umweltfreundlich umgestaltet werden kann. Es werden nach wie vor Bebauungspläne genehmigt und somit „grüne Wiesen“ für Anlegerwohnungen verbetoniert.

Antwort NEOS, Sabine Reininghaus:

Persönlich wohne in Graz und mache meine Erledigungen weitgehend zu Fuß, oder mit den Öffis. Darüber hinaus habe ich meinen Fleischkonsum drastisch reduziert, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und um mich gegen die schlechten Bedingungen in der Tierhaltung auszusprechen.

Politische finde ich, dass in Graz vielerorts das Grün fehlt! Ich arbeite gerade mit meinem Team an der Erstellung eines Konzepts zur Begrünung von Graz. Sollte sich die Stadtregierung gegen meinen Vorschlag für ein begrüntes Graz aussprechen, möchte ich alle GrazerInnen auffordern selbst aktiv zu werden und die Eingänge zu unseren Häusern zu begrünen. Darüber hinaus arbeiten wir an einer „Patenschaft für Bäume“, wo alle GrazerInnen Paten für einen in ihrem Namen gepflanzten Baum werden können.

Wie schön wäre zum Beispiel die Herrengasse mit ein paar stattlichen Bäumen mit Sitzgelegenheiten? Solche Maßnahmen würden die innerstädtische CO2 Bilanz verbessern, eine schönere Atmosphäre und kühlenden Schatten an Hitzetagen schaffen.

Was unternimmt die Stadt Graz wirklich, um die Umwelt zu schützen? Meines Erachtens in wesentlichen Dingen zu wenig! Zwar hat man nun angekündigt den Ausbau von Fahrradwegen voran zu treiben und eine Verkehrsberuhigung in der Innenstadt zu erwirken, aber diese Pläne können maximal ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Angesichts der drohenden Klimaproblematik muss die Stadt Graz endlich ein gesamtheitliches Klimakonzept vorlegen!

FRAGEN AN GRAZER POLITIKER*INNEN!



THEMA ÖFFENTLICHE VERKEHRSMITTEL/RÄDWEGE

Warum werden die Fahrkarten für die Öffis immer teurer? Welche Pläne haben Sie bezüglich eines Ausbaus der Radwege?

Antwort ÖVP Öffis, Klaus Frölich: Im Vergleich zu den echten Kosten des öffentlichen Verkehrs sind die Ticketpreise verhältnismäßig günstig. Der Erlös des Ticketverkaufes deckt nur 30 Prozent der Kosten des ÖV, die restlichen 70 Prozent werden von der öffentlichen Hand finanziert. Dies bedeutet, dass auch von den jährlichen Kostensteigerungen, die aus allen Bereichen den ÖV treffen – Lohnkosten für das Fahrpersonal, Reparatur- und Serviceaufwand und vieles mehr – eben 70 % die öffentliche Hand und nur 30 % die Ticketkäuferinnen und -käufer bezahlen.

Auch soll sichergestellt sein, dass die Qualität des ÖV am Puls der Zeit und am Stand der Technik ist und bleibt. Dazu bedarf es ständiger Investitionen – Stichwort WLAN, Sicherheitstechnik, Infotainment, Klima, neue Straßenbahnen und Busse etc.

Antwort ÖVP Radwege, Georg Topf: Bis 2030 werden ab 2021 jährlich 10 Mio. Euro für den Ausbau des Radwegenetzes im Zentralraum Graz aufgewendet, wobei sich Stadt und Land die Kosten dafür teilen. Konkret werden damit Schnellrouten, Verbindungswege und Zufahrtswege errichtet – das Radwegenetz wird um 200 Kilometer auf insgesamt 320 km anwachsen!

Antwort KPÖ, Christine Braunersreuther: Öffis: Das frage ich mich auch immer. Das ist völlig kontraproduktiv, wenn man Leute zum Umsteigen auf Öffis bewegen will – was aufgrund des Klimawandels und des Sinkens der Lebensqualität in Städten durch den Individualverkehr dringend nötig wäre. In Graz liegt das nicht zuletzt daran, dass solche Entscheidung an die Holding Graz und weitergehend an den Verkehrsverbund ausgelagert wurde. Somit hat der Gemeinderat kein direktes Mitspracherecht. Die Stadt kann bei Ticketpreisen nur intervenieren, indem sie für Tickets Zuzahlungen übernimmt. Dass Grazer*innen die Jahreskarte zur Hälfte des Normalpreises kaufen können, geht auf eine Initiative der KPÖ zurück.

Am Ausbau der Strecken der Straßenbahn oder einer Takterhöhung liegt es nicht, denn für deren Finanzierung und Umsetzung ist die Stadt Graz zuständig. Ich freue mich, dass in dieser Hinsicht so viel passiert, seit das Verkehrsreferat bei Elke Kahr angesiedelt ist. Zuletzt beispielsweise die Verdichtung des Busverkehrs in Andritz oder die geplanten Straßenbahnausbauten in der Innenstadt (Neutorgasse), sowie die begonnene Planung einer Südwest-Linie bis nach Wetzelsdorf.

Das **Radwegenetz** soll in den nächsten Jahren intensiv und qualitativ ausgebaut werden. Das heißt, nicht nur viele neue Radwege, sondern auch gute. Mir persönlich ist das sehr wichtig. Denn spätestens seit ich regelmäßig mit meiner Tochter durch die Stadt radle, weiß ich: Nicht jeder angebliche Radweg ist gut. Eine Markierung gegen die Einbahn, in der auch Autos parken, und die viel zu eng ist, kann besonders für Kinder eine Gefährdung darstellen.

Leider – das musste ich in meiner Zeit als Gemeinderätin feststellen – braucht so ein qualitativer Ausbau viel Zeit. Denn es geht hier auch um Grundstücksablösen, die ziemlich mühsam sind, da alle Besitzer*innen einzeln überzeugt werden müssen. Wenn nur ein Besitzer nicht mitmacht, gibt's eine Lücke und die will niemand haben. Und es kostet Geld. Zum Glück gibt es jetzt endlich ein wenig mehr Bewusstsein dafür, denn am Anfang war das Verkehrsreferat nur mit den geringsten Mitteln ausgestattet. Dass es sich auszahlt, ist klar. Denn würde man die Umwelt- und Lärmbelastung durch den Autoverkehr in Zahlen rechnen, dann wäre man ganz schnell bei einem Vielfachen eines Radweges. Vom Platzbedarf von Straßen gegenüber Radwegen ganz zu schweigen. Außerdem bleiben Radler*innen länger gesund und sind durch ihre sportliche Aktivität ausgleichender. Das tut unserer wiederum Gesellschaft gut!

FRAGEN AN GRAZER POLITIKER*INNEN!



THEMA ÖFFENTLICHE VERKEHRSMITTEL/RÄDWEGE

Warum werden die Fahrkarten für die Öffis immer teurer? Welche Pläne haben Sie bezüglich eines Ausbaus der Radwege?

Antwort FPÖ, Roland Lohr: Öffis: Alle Dinge des täglichen Lebens werden jährlich inflationsbedingt teurer, bspw. Kanalgebühren und eben auch Fahrkarten. Das alleine ist deswegen schon nötig, da nicht nur Treibstoffpreise steigen, sondern auch dem Bus- und Straßenbahnlenker eine Lohnerhöhung jedes Jahr zusteht. Wir sprechen uns allerdings für eine moderate und leistbare Erhöhung der Öffi-Tickets aus.

Zusatzinfo: Das Corona-Virus betraf auch die Kunden des Öffentlichen Verkehrs in Graz.

Die Grazer Agenda-Koalition hat beschlossen, dass bestehende Jahres- und Halbjahreskartenbesitzer eine 10%ig Ermäßigung beim Kauf ihrer nächsten Öffi-Jahres-/Halbjahreskarte bekommen.

Radwege: Ein kontinuierlicher Ausbau des Geh- und Radwegenetzes findet statt. Es gibt ein gemeinsames Geh- und Radverkehrsausbauprogramm von Stadt Graz und Land Steiermark.

Pro Jahr werden mind. 1 Mio. EUR in den Ausbau investiert.

Antwort DIE GRÜNEN Öffis, Klubobmann Karl Dreisebner: Der Grund für die jährlichen Preissteigerungen beim öffentlichen Verkehr liegt darin, dass die Tarifgestaltung für die Tickets vom Steirischen Verkehrsverbund bzw. von allen in der Steiermark tätigen Verkehrsunternehmen festgelegt werden kann. Auch die Grazer Stadtregierung als Vertreter der Graz Linien hat dort einen Sitz. Leider interveniert der zuständige Finanzstadtrat nicht (oder zu wenig laut) gegen die massiven Tarifsteigerungen.

Zum anderen hat die Stadt Graz die „Jahreskarte Graz“ ins Leben gerufen, die es zumindest für Grazer*innen in der Zone 101 (das ist etwas im Grunde das Grazer Stadtgebiet) möglich macht, statt aktuell € 456,- um € 281,- ein Jahr lang alle Öffis in Graz zu nutzen. Zusätzlich zur Jahreskarte Graz gibt es für alle steirischen Schüler*innen und Lehrlinge bis 24 das „Top-Ticket“, das euch um € 113,- ermöglicht, ein ganzes Jahr alle Öffis in der Steiermark zu nutzen. Dazu gibt es auch für Studierende Ermäßigungen, es gibt das Job-Ticket für Unternehmen, die ihren Angestellten ein günstiges Jahresticket anbieten wollen und es gibt für Grazer*innen mit sehr geringem Haushaltseinkommen die „Socialcard-Mobilität“, die die Nutzung der Holding Linien für ein Jahr um € 50,- ermöglicht.

Dass das nicht genug ist, wissen wir und deswegen erarbeitet die Klimaschutzministerin Leonore Gewessler gerade in diesen Wochen das sogenannte „1-2-3-Ticket“. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass jede und jeder in Österreich um € 365,- ein Jahr ein ganzes Bundesland nutzen kann, um € 730,- zwei Bundesländer der Wahl und um € 1.095,- in ganz Österreich Bahn, Bus.

Antwort DIE GRÜNEN Radwege, Tamara Ussner: Planen selbst ist die Aufgabe der zuständigen Verkehrstadträtin und der städtischen Abteilung für Verkehrsplanung. Wir Grüne können im Gemeinderat Anträge mit politische Forderungen und Anregungen für einen Radwegeausbau stellen. Zum Thema Radverkehr habe ich im letzten Jahr 3 dringliche Anträge gestellt, die folgende Maßnahmen gefordert haben:

Gemeinderat am 16.01.2020:

Bei diesem Antrag forderte ich, dass die Verkehrsplanung prüfen sollte, welche Maßnahmen (zB.: einen eigenen Lastenradverleih der Stadt Graz, sichere Abstellplätze) es braucht, um Lastenräder besser für Menschen nutzbar zu machen. Aufgrund meines Antrags gibt es jetzt seit April einen Lastenradverleih der Stadt Graz.

FRAGEN AN GRAZER POLITIKER*INNEN!



THEMA ÖFFENTLICHE VERKEHRSMITTEL/RÄDWEGE

Warum werden die Fahrkarten für die Öffis immer teurer? Welche Pläne haben Sie bezüglich eines Ausbaus der Radwege?

Gemeinderat am 17.10.2019:

- Die Stadt Graz soll jährlich 3 Fahrradstraßen umsetzen
- Fahrradhighways aus allen Außenbezirken in die Innenstadtbezirke
- Flächendeckender Lückenschluss im Radwegenetz
- Bevorrangung von Radwegen bei Kreuzungen
- Die Stadt Graz bekennt sich zu einer Priorisierung des Radverkehrs beim Straßennetzausbau

Gemeinderat am 09.05.2019:

Um das neue Entwicklungsgebiet Reininghaus an die Innenstadt anzuschließen, soll in der Josef-Huber-Gasse eine Stadtautobahn und ein mehrere hundert Meter langer Tunnel gebaut werden, der zur Folge hätte, dass täglich mehrere tausend Autos mehr über den Griesplatz in die Innenstadt fahren. Kosten 30. Millionen Euro – übrigens gleich viel wie der Klimabeirat an Budget hat. Mit dem Fahrrad braucht man auf einer qualitätsvollen Radverbindung ca. 10 Minuten von Reininghaus in die Innenstadt, deshalb forderte ich in diesem dringlichen Antrag einen Radhighway von Reininghaus bis in die Innenstadt.

In Sachen Radwegeausbau tut sich in Graz leider seit Jahren wenig. Aus Grüner Sicht ist es notwendig, den Straßenraum neu zu verteilen. Wenn wir wollen, dass mehr Menschen Radfahren, dann müssen wir eine entsprechend gute und sichere Infrastruktur bereitstellen und dazu braucht es Platz. Das heißt, dass wir Fahrbahnen, die derzeit dem Autoverkehr gewidmet sind, zu Radwegen umbauen müssen. Das gleiche gilt für die eine oder andere Parkspur. In Graz gibt es beim Radwegeausbau zwei wichtige Aufgaben: wir brauchen zum einen ein radiales (sieht aus wie ein Spinnennetz) und durchgängiges Netz für Radfahrer*innen in der ganzen Stadt. Außerdem braucht es qualitätsvolle und leistungsstarke Radwegverbindungen von Osten nach Westen. Darüber hinaus müssen viele Lücken im Radwegenetz geschlossen werden. Außerdem sind viele Radwege zu schmal für die vielen Radler*innen (z.B. in der Keplerstraße) und müssen daher dringend verbreitert werden.

Antwort SPÖ, Susanne Bauer: Öffis: Das ist leider eine Frage, die die Stadt nicht alleine lösen kann – wir sind an die Tarifgestaltung durch den Verkehrsverbund gebunden, und diesem Verkehrsverbund gehören alle Gemeinden des Zentralraumes an. Selbstverständlich versucht aber Graz gezielt Sonderlösungen zu setzen – Stichwort die Graz-Karte, den Zuschuss für die GrazerInnen.

Radwege: Die Radwege sind zu wenig und vielfach zu knapp bemessen und erfreulicherweise sind sehr viele Menschen mit dem Rad unterwegs; ich auch. Wir fordern einen massiven Ausbau des Grazer Radwegnetzes – auch hin zu den Wohnungen – und die Schaffung von Radfahr-Highways.

Antwort NEOS, Sabine Reininghaus: Öffis: Dass die Fahrkarten für Öffis immer teurer werden, ärgert mich auch. Ticketpreise müssten reduziert werden damit die Öffis in Anspruch genommen werden und man einen finanziellen Grund hat, nicht mit dem Auto in die Stadt zu fahren. Bezüglich dieser Frage habe ich bereits eine Anfrage an das zuständige Stadtsenatsmitglied gestellt.

Radwege: Ich bin klar für den Ausbau der Grazer Radwege. Die Stadt Graz muss Anreize schaffen, dass die BürgerInnen sicher und umweltfreundlich zum Arbeitsplatz oder in die Schule gelangen können. Diesbezüglich haben wir NEOS bereits in der Vergangenheit den Bau von „Fahrrad-Highways“ in den Grazer Randbezirken und die Anbindung an die Grazer Innenstadt gefordert und werden das Thema im Gemeinderat weiter zur Sprache bringen.

FRAGEN AN GRAZER POLITIKER*INNEN!



THEMA ANTISEMITISMUS

Woran liegt es, dass Taten, die etwas mit Antisemitismus zu tun haben, immer häufiger werden?



Antwort ÖVP, Peter Stöckler: Vorangestellt sei jene Grafik der Israelitischen Kultusgemeinde, wie sie auf ORF-Online am 27. Mai 2020 publiziert worden ist. Diese Zahlen sprechen ohnehin für sich, benötigen darüber hinaus aber auch einige klärende Worte. Die Zunahme antisemitischer Vorfälle ist sowohl im Kontext gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen als auch als Phänomen für sich beschreibbar. So erleben wir seit einigen Jahren einerseits eine zunehmende Polarisierung innerhalb der Gesellschaft, ins-

besondere soziale Medien haben hier die Hemmschwellen signifikant sinken lassen, andererseits aber auch eine wachsende Sensibilität, Diskriminierungen nicht nur dort zu sehen, wo unmittelbare persönliche Attacken stattfinden. Die Zuwächse sind daher sicherlich zu einem gewissen Teil auch der Bereitschaft geschuldet, Antisemitismus besser sichtbar zu machen. Dafür spricht auch, dass 81 Prozent der Vorfälle von 2019 „verletzendes Verhalten“ wie beispielsweise Beschimpfungen sowie medial kommunizierter Antisemitismus (Print & Netz) waren. Sachbeschädigungen wie Beschmierungen machen dagegen „nur“ 3 Prozent aus, körperliche Übergriffe 1 Prozent.

Ein großes Problem stellt die Zuordnung dieser Vorfälle in einem etwaig vorhandenen ideologischen Hintergrund dar. Nur rund drei Fünftel sind hier erkennbar „rechts“, „links“ oder „moslemisch“ motiviert, wobei hier wiederum rechtsextreme Motive mit großem Abstand dominieren. Auch wenn diese Zahlen unmissverständlich den rechten Antisemitismus in Österreich als quantitativ und wohl auch qualitativ am gefährlichsten ausweisen, bleibt die Frage offen, inwieweit die nicht zuordenbaren restlichen zwei Fünftel nicht auch als Folge einer missverstandenen „Political Correctnes“ in ihrer Motivlage verharmlost worden sind.

Denn insbesondere die auch in Österreich am linken politischen Rand wachsende Zahl an Sympathisanten für die BDS-Bewegung (Boycott, Divestment, Sanctions), die meist einhergeht mit einer fundamentalen Ablehnung der Politik des Staates Israel und der daraus abgeleiteten Forderung, israelische bzw. jüdische Produkte und Dienstleistungen jeder Art zu boykottieren, fördert antisemitische Haltungen und Übergriffe.

Zugleich zeigen Umfragen in den vor allem seit 2015 signifikant gewachsenen moslemisch geprägten Communities, vor allem unter den Jugendlichen, dass auch hier Antisemitismus erschreckend breit vorhanden ist.

Antwort KPÖ, Christine Braunersreuther: Das liegt nicht zuletzt daran, dass über viele Jahre latenter Antisemitismus verharmlost und akzeptiert wurde. Dass immer wieder so Begriffe wie „Geldjude“ fielen – ein ganz altes antisemitisches Stereotyp, das mit Neid arbeitet. Dabei ist es völliger Blödsinn zu glauben, dass Juden alle reich (gewesen) seien. Oder dass man abwertend als Spaßbremse bezeichnet wurde, wenn man bei antisemitischen Witzen nicht mitgelacht hat. Dabei finde ich: Genau da muss man Spaßbremse sein, denn irgendwo hört sich der Spaß auf und da muss scharf gebremst werden! Das gilt übrigens für jegliche Art von Diskriminierung. Bei Frauenfeindlichkeit ist das auch ganz extrem. Das kritisiere ich als Frauensprecherin sehr. Denn die Zunahme von Gewalt gegen Frauen kommt ja nicht von Ungefähr. Ich bin daher gerne „feminist killjoy“, also feministische Spaßbremse!

FRAGEN AN GRAZER POLITIKER*INNEN!



THEMA ANTISEMITISMUS

Woran liegt es, dass Taten, die etwas mit Antisemitismus zu tun haben, immer häufiger werden?

Antwort FPÖ, Klubobmann Armin Sippel: Antisemitische Taten sind ideologisch oftmals schwer zuordenbar, aber gerade in den letzten 5 Jahren ist die Anzahl an antisemitischen Vorfällen in Österreich sprunghaft angestiegen. Die gestiegenen Fallzahlen lassen sich in erster Linie durch eine verhältnismäßig große Zuwanderung aus islamischen Ländern erklären.

Antwort DIE GRÜNEN, Manuela Wutte: Tatsächlich sind antisemitische Vorfälle leider im Steigen begriffen. Der Antisemitismusbericht verzeichnet für das Jahr 2019 insgesamt 550 Vorfälle in Österreich, die Zahl hat sich binnen der letzten fünf Jahre verdoppelt. Die Zunahme antisemitischer Vorfälle ist leider in ganz Europa zu beobachten.

Österreich hat auch aufgrund seiner nationalsozialistischen Vergangenheit eine besondere Verantwortung, Antisemitismus entschieden entgegen zu treten. Die hin und wieder von manchen Politikern in den Raum gestellte Behauptung, muslimische MigrantInnen seien für den Anstieg des Antisemitismus verantwortlich, trifft jedenfalls nicht zu. Die überwältigende

Mehrheit der Taten (268) ist nach wie vor rechtsextrem motiviert. Das legt nahe, dass Antisemitismus in Österreich unterschwellig immer vorhanden war, in den letzten Jahren aber wieder salonfähiger geworden ist. Allgemein habe ich den Eindruck, dass die Ausgrenzung und Herabsetzung einzelner Menschengruppen in den letzten Jahren stark zugenommen hat, was eine sehr besorgniserregende Entwicklung ist.

Ein weiterer Erklärungsansatz für das Erstarken des Antisemitismus ist die Tendenz, in beängstigenden Situationen, die als Kontrollverlust erlebt werden, einen Sündenbock zu suchen. So wurden auf manchen Demos gegen die Corona-Schutzmaßnahmen auch antisemitische Parolen verbreitet.

Antwort SPÖ, Susanne Bauer: Wir erleben leider insgesamt eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung, erkennbar daran, dass in immer mehr Staaten rechts-konservative bis nationalistisch orientierte Parteien an der Macht sind. Solche Gesellschaften sind anfällig für „Sündenbock-Theorien“. Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang selbstverständlich auch der Radikal-Islamismus.

Antwort NEOS, Sabine Reininghaus: Es macht mich traurig und wütend, dass heutzutage, in einer aufgeklärten Gesellschaft, noch immer Antisemitismus existiert. Ich lehne solch abscheuliches Gedankengut ab und Menschen, die antisemitische oder rassistische Aussagen tätigen, weise ich aufs schärfste zurecht.

Wenn ich so etwas höre, kann ich meinen Mund nicht halten und ich denke, dass jeder von uns so einen kleinen Beitrag leisten kann, um zu zeigen, dass Antisemitismus und Rassismus keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Wir müssen uns einmischen und dürfen nicht still zu sein, wenn Übergriffe und Diskriminierungen erfolgen.

FRAGEN AN GRAZER POLITIKER*INNEN!



THEMA ZWISCHENPARTEILICHES

Was schätzen Sie am meisten an den anderen Parteien?

Antwort ÖVP, Clubobfrau Daniela Gmeinbauer: Grundsätzlich möchten wir festhalten, dass die ÖVP unter Bürgermeister Siegfried Nagl niemanden ausgrenzt, sondern für die Zusammenarbeit mit allen Fraktionen offen ist und diese – nicht zuletzt aufgrund der Wahlergebnisse - auch sucht!

FPÖ: Wir pflegen mit der FPÖ eine sehr gute Zusammenarbeit, die von unserem gemeinsamen Vorhabenkatalog „Agenda 22“ getragen ist. Dabei konnten wir in den vergangenen gut drei Jahren eine ganze Menge an Projekten erledigen (bis Februar 2020 bereits 86 Prozent des Kataloges!), sodass eine „Agenda 22 Plus“ aufgelegt wurde, die zusätzliche, neue Vorhaben ausweist.

Grüne: Das Einvernehmen mit den Grünen kann grundsätzlich als gut bezeichnet werden, die Gesprächsbasis ist stets vorhanden. In Sachen Umwelt- und Klimaschutz sind wir nicht allzu weit voneinander entfernt, vor allem in der Methodik unterscheiden sich unsere Pläne aber, zumal wir bei allen Maßnahmen auch die Wirtschaft, die uns den Wohlstand sichert, mitdenken müssen.

SPÖ: Mit der Sozialdemokratie hatte die ÖVP in Graz einige Jahre lang ein Arbeitsübereinkommen, das trotz mancher Differenzen in dieser Zeit das Gesprächsklima nicht nachhaltig beeinträchtigt hat.

Wir pflegen auch mit der SPÖ und ihren Akteurinnen und Akteuren ein gutes Verhältnis.

KPÖ: Die Schnittmenge mit den Kommunisten ist vermutlich geringer als mit den anderen Parteien, jedoch gibt es in der Sache oftmals gemeinsame Interessen. Getrübt wird das Verhältnis zur KPÖ gelegentlich durch die grundsätzliche Auffassung von Politik, wo die KPÖ weniger auf Gestaltungswille und Verantwortung, sondern lieber auf Aktionismus (Unterschriften sammeln und gegen etwas sein) setzt. Mit den politischen Akteuren gibt es jedoch auf persönlicher Ebene ein intaktes Gesprächsklima.

NEOS: Mit dem in den Landtag abgewanderten Gemeinderat Niko Swatek hatten wir nach anfänglichen „Warmlaufproblemen“ ein gutes Einvernehmen. Mit der neuen Mandatarin gab es noch kaum Berührungspunkte.

Antwort KPÖ, Christine Braunersreuther: Ich mag es, wenn wir uns bei bestimmten Sachthemen zusammenschließen, um gemeinsam Initiativen zu erarbeiten. So hat es z.B. einen gemeinsamen Antrag aller Oppositionsparteien – also KPÖ, Grüne, SPÖ und NEOS – gegeben, in dem die Regenbogenbeflaggung zum Christopher Street Day gefordert wurde. Denn wir alle sind für volle Gleichstellung aller Menschen und wollen, dass die Stadt ihre Anerkennung von LGTBQI-Personen (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer, Questioning and Intersex) mit einem deutlichen Zeichen zum Ausdruck bringt. Da geht es nicht darum, sich als Partei oder Person zu profilieren, sondern nur um die Sache an sich. Das ist schön, wenn so etwas geht!

Antwort FPÖ, Klubobmann Armin Sippel: An den anderen Parteien schätze ich den Meinungs austausch, die unterschiedlichen Zugänge zu Themen, die die Politik beschäftigen, die Kritikfähigkeit und oftmals eine über die Partei- und ideologischen Grenzen hinausgehende Zustimmung.

FRAGEN AN GRAZER POLITIKER*INNEN!



THEMA ZWISCHENPARTEILICHES

Was schätzen Sie am meisten an den anderen Parteien?

Antwort DIE GRÜNEN, Klubobmann Karl Dreisiebner: Das wichtigste an der Demokratie und daran, dass es unterschiedliche Parteien gibt, ist die Diskussion um verschiedene Standpunkte. In solchen Diskussionen werden oft nicht nur noch bessere Ergebnisse und gute Kompromisse erzielt, sondern man kann (wenn man das will) die sogenannten 'Blinden Flecken' an den eigenen Positionen erkennen und die Position abändern und damit noch besser machen.

Wenn es am Ende von Diskussionsprozessen gute Kompromisse und breite Unterstützung von mehreren Parteien für ein Vorhaben, ein Projekt, für eine neue Idee gibt, dann hat die gesamte Stadt mit allen ihren Menschen dazugewonnen. Ganz ähnlich ist es, mit den Menschen in der Stadt über verschiedene Themen zu diskutieren und am Ende eine noch bessere Idee mit zurück ins Rathaus nehmen zu können. Keine Partei hat immer recht und ohne die betroffenen Menschen anzuhören, kommt selten das Optimum heraus.

Schlussendlich ist es ja nicht so, dass Politiker*innen unterschiedlicher Parteien nicht auch einen guten und freundschaftlichen Austausch pflegen können. Manche Mandatar*innen der ÖVP, der KPÖ, der SPÖ etc. schätze ich nicht nur als Politiker*innen, sondern auch als Menschen.

Antwort SPÖ, Susanne Bauer: Das Wichtigste aus meiner Sicht sind Bekenntnis zum Dialog, zur Zusammenarbeit, die Kompromissfähigkeit und die Bereitschaft zur Suche nach einem guten Weg im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, die Bereitschaft zu Transparenz und zur Partizipation – leider ist das jedoch höchst unterschiedlich ausgeprägt, teils kaum oder gar nicht vorhanden.

Antwort NEOS, Sabine Reininghaus: An Parteien schätze ich, dass auch sie einem permanenten Wandel unterzogen sind und durch kritische Oppositionsarbeit auch die „alten“ Parteien und Politiker langsam bereit sind, eine transparente und gerechte Politik zu leben.